

EKZ: Kein Missstand

Niederlage | Volksanwaltschaft prüfte die Beschwerde von Unternehmer Christof Kastner über das Vorgehen der Stadtgemeinde Zwettl und stellte dabei Korrektheit fest.

Von René Denk

ZWETTL | Eine weitere Niederlage müssen die Gegner des EKZ-Projekts in der Gartenstraße in Zwettl einstecken.

Nachdem Christof Kastner sich mit einer Beschwerde an die Volksanwaltschaft bereits im August des Vorjahres gewandt hat, konnte die Volksanwaltschaft nun das Prüfverfahren abschließen.

Kastner ortete Ungereimtheiten bei der vom Gemeinderat am 27. Juni beschlossenen Änderungen des örtlichen Entwicklungskonzepts sowie des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans in der Gartenstraße,



Christof Kastner wird seinen Kampf gegen das geplante EKZ in der Gartenstraße fortsetzen. Foto: René Denk

die auch wegen des EKZ-Projektes von Reinhold Frasl gemacht wurde.

Stadtdirektor Hermann Neumeister betont in einer Aussendung: „Die Volksanwal-

schaft hat das Prüfverfahren ohne Feststellung eines Missstandes in der Verwaltung der Stadtgemeinde Zwettl abgeschlossen.“

„Gesetzlich richtig, dennoch falsch.“

Christof Kastner unterstreicht im NÖN-Gespräch, dass es begründeten Verdacht gegeben habe: „Die Volksanwaltschaft prüft nur, ob die Vorgehensweise dem Wortlaut des Gesetzes entspricht. Sie prüft aber nicht inhaltliche Einschätzungen, wie die interne Studie der Raumordnungsabteilung des Landes“, so Kastner. Obwohl das Verfahren gesetzlich richtig war, sei es inhaltlich noch immer falsch — dies sei eine politische Sache.

„Wenn es 70 Millionen Euro an Kaufkraft in Zwettl pro Jahr

gibt und das EKZ 30 Millionen Euro davon braucht, dann kann das nicht spurlos an Zwettl vorübergehen“, gibt Kastner zu bedenken.

Außerdem habe man der Bevölkerung ein Projekt verkauft, das so nie umgesetzt werden könne: „Das Bauwerk darf nur zwölf statt 17 Meter Höhe haben, es muss rundherum Feuerwehrrzufahrten geben, die bisher so nicht vorgestellt wurden und ich bin außerdem auf die Erfüllung der erhöhten Brandschutzauflagen gespannt, die man ab 8.000 m² braucht“, so Kastner, der weiterhin gegen das EKZ vorgehen will.

Gegen den Brückenbau, der zur Verkehrsanbindung des EKZ erfolgen muss und der als Nächstes umgesetzt werden soll, kündigt er schon jetzt rechtliche Schritte an.

**Schulrattitel
für Ingrid
Dobner**